

## Aktionsplan Inklusion

„Fürth Für Alle“

Ort: Sitzungssaal Technisches Rathaus

Datum und Uhrzeit: 17.05.2017, 16:30 Uhr – 18:30 Uhr

### 1. Treffen Vernetzungsforum Arbeit

Teilnehmer: 12

Name	Vorname	Institution
Bartl	Walter	Wertstoffzentrum Veitsbronn GWKB
Bauer-Hechler	Lydia	Bezirkstag (Die Grünen)
Baumgartner	André	Die Linke
Buba	Hanspeter	BASIS-Institut
Fehrenbach	Delia	Lebenshilfe Fürth e.V.
Kirchner	Carmen	Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen / Stadtverwaltung Fürth
Ludl	Tanja	BASIS-Institut
Persdorf	Elfriede	Infra
Ritschke	Kerstin	Dambacher Werkstätten, Lebenshilfe Fürth e.V.
Streck	Thorsten	Behindertenrat Fürth
Weiß	Norbert	Behindertenrat Fürth
Zinser	Klaus	AWO Fürth

## Inhalt

1 Begrüßung durch Herrn Dr. Buba .....	2
2 Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn Dr. Buba .....	2
3 Diskussion .....	3
4 Verabschiedung .....	12

## **1 Begrüßung durch Herrn Dr. Buba**

Herr Dr. Buba vom BASIS-Institut in Bamberg begrüßt zu Beginn der 1. Sitzung des Vernetzungsforums „Arbeit“ alle Anwesenden recht herzlich und freut sich über das Erscheinen der Teilnehmer. Er bedankt sich bei der Lebenshilfe Fürth e.V., unter deren Trägerschaft das Projekt „Fürth Für Alle“ läuft und die die Vorbereitung zu den Vernetzungsforen, die technische Ausstattung und auch das heutige Catering geleistet hat. Nachdem er sich und sein Team kurz vorgestellt hat, bittet er alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, sich auch kurz mit ihrem Namen und, falls vorhanden, ihrer Position/Institution vorzustellen. Im Anschluss daran erläutert er kurz den Ablauf der heutigen Sitzung.

## **2 Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn Dr. Buba**

Herr Buba weist eingangs darauf hin, dass es in der heutigen Sitzung darum gehen wird, über Erfahrungen und Probleme bezüglich des Themas Arbeit und Beschäftigung zu sprechen. Wichtig ist hierbei, zu eruieren, was bereits sehr gut läuft, was aber auch noch schlecht läuft und wo Verbesserungsbedarf vor Ort besteht. Wichtig ist zudem in der heutigen Sitzung, darüber zu sprechen, welche Vertreter oder Institutionen unbedingt noch bei den Vernetzungsforen oder an anderen Stellen im Planungsverlauf des Aktionsplans mitwirken sollten und wie erreicht werden kann, dass sich diese einbringen. Des Weiteren weist Herr Buba alle Anwesenden darauf hin, dass sie sich während der gesamten Sitzung jederzeit aktiv mit Diskussionsbeiträgen beteiligen können und dass es heute darum geht, alle Ideen zu sammeln und festzuhalten. Dabei gibt es kein „richtig“ oder „falsch“. Diesbezüglich merkt er auch an, dass es zunächst egal ist, ob Ideenvorschläge wirklich realisiert werden können. Vielmehr geht es um eine erste Gedankensammlung, weshalb die Themenreihenfolge in der ersten Sitzung des Vernetzungsforums noch völlig beliebig ist.

Im Folgenden stellt Herr Buba Punkte und Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Arbeit“ vor, die bei der Auftaktveranstaltung erarbeitet wurden. Er bittet alle Anwesenden darum, diese Punkte zu ergänzen, zu korrigieren und sich jederzeit in die Diskussion einzubringen.

### **3 Diskussion**

Zunächst geht Herr Buba auf die Beiträge der Auftaktveranstaltung zum Thema Stärken und positive Beispiele in der Stadt Fürth ein. Er nennt zum Beispiel den Integrationsfachdienst (ifd) und das Projekt „Schwer beschäftigt“, aber auch die IHK-Kontaktstelle in Fürth bzw. Nürnberg oder das Projekt „Cap-Job“, welches eine überregionale allgemeine Jobbörse beinhaltet. Er stellt auch das Projekt „integra“ vor, bei dem bekannte Persönlichkeiten Patenschaften für Menschen mit Behinderungen und ihre Beschäftigung übernehmen. Dadurch entstanden in Bamberg bereits 130 gut funktionierende Patenschaften. Dies könnte auch als Best-Practice-Beispiel für andere Städte dienen. Frau Kirchner, Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen der Stadt Fürth, bemerkt, dass dieses Projekt vorbildlich ist und es auch ein breites Spektrum an solchen Projekten gibt. Herr Buba betont, dass diese Art von Projekten auch ein positives Image der Stadt vermittelt.

Frau Kirchner berichtet von einer jungen Frau mit Behinderung, der es in der Werkstatt zu langweilig wurde und die nun im Klinikum tätig ist. Dort besucht sie die Patienten mit einem Bücherwagen. Hier wird auch der Aspekt der Selbstbestimmung deutlich. Auch Menschen mit Einschränkungen müssen Initiativen ergreifen. Frau Bauer-Hechler erweitert, dass dies ein so genannter Außenarbeitsplatz ist, der aber dennoch an eine Werkstatt für Menschen mit Behinderungen angegliedert ist.

Herr Bartl, Geschäftsführer des Wertstoffzentrums Veitsbronn, beschreibt ein Förderprojekt namens „Chancen schaffen 2“ bzw. „Chancen schaffen 3“, welches sich auch mit der Ausbildungsbeihilfe befasst. Dies war ein Sonderförderprogramm des Integrationsamts Bayern, welches aber Ende 2016 ausgelaufen ist. Arbeitgeber, die Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt schaffen, können aber nach wie vor Zuschüsse zu den Investitionskosten erhalten. Herr Bartl gibt an, dass er bereits Dauerarbeitsplätze für Menschen mit (Schwer-)Behinderung einrichtet und dies auch weiterhin versucht. Er beschäftigt zudem Arbeitnehmer ab 55 Jahren. Hier dehnt das Jobcenter die Förderung weiter aus, da diese Menschen auf dem Arbeitsmarkt sonst kaum noch Alternativen haben. Der Arbeitnehmer verdient hier somit Geld durch seine Arbeit und durch die Unterstützungsleistungen. Der Geschäftsführer des Wertstoffzentrums beschreibt, dass seine Angestellten hauptsächlich Waren herrichten und diese dann wiederum verkauft werden, weshalb ein großer Anteil an Einnahmen über den Verkauf erzielt wird. In Fürth beschäftigt er bereits ca. 120 Mitarbeiter. Die gemeinnützige Einrichtung

ist vergleichbar mit der Caritas und versucht, Langzeitarbeitslosen wieder eine Chance auf Arbeit zu geben. Der Wertstoffhof ist gemeinnützig und Mitglied im Diakonischen Werk Bayern.

Frau Kirchner ist der Meinung, dass unbedingt nicht nur gemeinnützige Organisationen, sondern auch gewerbliche Betriebe und Arbeitgeberverbände oder Kammern angesprochen werden müssen. Man muss sich noch gezielt an weitere Institutionen wenden.

Auf die Frage nach weiteren guten Beispiele oder aktiven Firmen erwähnt Herr Baumgartner, dass die Firma Datev auch sehr oft Menschen mit Behinderungen (insbesondere Autisten) im Bereich der Zahlenverarbeitung oder der Programmierung einstellt und dies sehr bewirbt. Frau Kirchner bestätigt, dass Datev immer noch laufend gezielt Menschen mit Behinderungen einstellt und ihnen die Chance auf einen Arbeitsplatz gibt.

Frau Persdorf spricht an, dass bei Infra auch viele Menschen mit Behinderungen beschäftigt sind. Infra arbeitet mit den Stadtwerken Fürth zusammen und beschäftigt Menschen mit Behinderungen beispielsweise im Bereich der Reinigung, des Handwerks, aber auch im Büro oder bei Fahrgastbefragungen in Bussen. Die Stadtwerke haben sich in den letzten 30 Jahren in Bezug auf Barrierefreiheit und Inklusion verändert. Es werden vermehrt barrierefreie Busse eingesetzt, aber auch Schulungen der Mitarbeiter usw. finden statt. Menschen mit Behinderungen haben auch die Möglichkeit, bei Infra oder den Stadtwerken ein Praktikum zu machen. Dennoch gibt es immer eine Reihe von Nachteilen im Bereich Inklusion, die es zu verbessern gilt. Herr Baumgartner fragt nach, welche Arten von Behinderungen die dort beschäftigten Menschen haben. Frau Bauer-Hechler möchte zudem wissen, ob dort auch Menschen mit psychischen Einschränkungen beschäftigt werden. Frau Persdorf führt aus, dass dort Menschen mit allen möglichen Behinderungen tätig sind. Es ist nur wichtig, dass die Leute wort- und sprachgewandt sind und die Informationen über mögliche Beschäftigungsangebote ausfindig machen.

Oft gibt es aber Informationslücken. Auch ist häufig unklar, wer für so etwas zuständig ist. Frau Persdorf gibt an, dass dies eigentlich unter den Aufgabenbereich des Schwerbehindertenvertreters fällt. Hier kommt Herr Dr. Grabner (?) als Ansprechpartner in Frage. Frau Bauer-Hechler würde es auch befürworten, wenn beispielsweise die Geschäftsleitung von Infra kommen und im Vernetzungsforum mitwirken würde. Doch

wie erreicht man, dass solche Personen aktiv dabei sind? Es wäre wichtig, auch deren Erfahrungen und Sichtweisen zu kennen.

Frau Kirchner beschreibt, dass insbesondere mit kleinen und mittelständischen Unternehmen bereits gute Erfahrungen gemacht werden konnten. Diese Unternehmen sind meist sehr offen und dankbar für Informationen und Hinweise zu potentiellen neuen Mitarbeitern, die eine Behinderung aufweisen. Häufig wissen diese Unternehmen auch noch nicht ausreichend über Fördermöglichkeiten Bescheid, aber die Bereitschaft war stets gegeben. Die Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderung erzählt von einem gehörlosen Mann, der eine Schreinerlehre in einem kleinen Betrieb gemacht hat und auch heute noch dort tätig ist. Sie hat die Erfahrung gemacht, dass es bei großen Organisationen und Firmen oft schwieriger ist, Abstimmungen und Bedürfnisse mit dem Arbeitgeber zu diskutieren. Hier ist es zudem wichtig, Arbeitgeberverbände ins Boot zu holen.

Frau Bauer-Hechler schlägt vor, Fragebögen zu verteilen, wenn die Leute nicht zu den Arbeitsgruppensitzungen kommen. Des Weiteren findet sie es wichtig, sich noch genauer über das Budget für Arbeit zu informieren und abzufragen, was es bereits gibt und wo vielleicht noch versteckte Potenziale sind. Frau Kirchner meint, dass so eine Abfrage über den Arbeitgeberverband in Kooperation mit ihr als Behindertenbeauftragte machbar wäre. Sie spricht aber auch von einer möglichen Informationsflut, die potenzielle Arbeitgeber eher verunsichert.

Herr Bartl stellt sich des Weiteren die Frage, wieso Aktionen und Förderungen immer wieder vorbei sind und nicht durchgängig angeboten werden, obwohl es für die Betroffenen ja durchaus positive Auswirkungen hatte und langfristig Bedarf besteht.

Herr Baumgartner führt aus, dass Umbaumaßnahmen in Bezug auf die Barrierefreiheit von Gebäuden oft viel zu viel Zeit in Anspruch nehmen würden und die Unternehmen somit lieber Personen einstellen, die direkt mit dem Arbeiten anfangen können und nicht erst in einigen Monaten, wenn das Gebäude beispielsweise eine Rampe o.ä. aufweist. Er berichtet auch, dass Firmen keine Menschen mit Behinderungen mehr einstellen wollen und lieber ihre Stammbesetzung dazu drängen, sich einen GdB eintragen zu lassen, um die Quote für Menschen mit Behinderungen in der Firma zu erfüllen.

Frau Kirchner spricht daraufhin an, dass auch die Wartezeiten für nötige Hilfsmittel oder für ein erforderliches Mobilitätstraining viel zu lang sind. Personen können aus diesem

Grund nicht sofort mit der Arbeit anfangen, sondern erst, wenn die Arbeitsmittel da sind. Hier müssen Betroffene auch selbst aktiv werden und sich immer wieder um Anträge o.ä. kümmern, da sonst alles noch länger dauert. Diese langen Wege entstehen durch die gesetzlichen Bestimmungen. Auch hier müsste noch etwas unternommen werden.

Frau Persdorf erwähnt, dass Schulnoten und der Abschluss eine Rolle bei der Jobsuche spielen. Viele Menschen werden abgelehnt, weil die Noten zu schlecht sind oder weil man schon zu lange aus der Schule draußen ist. Dies ist schade, weil auch Menschen mit weniger gutem Abschluss notwendige Fähigkeiten für einen Beruf vorweisen können und diese schon von vornherein keine Chance bekommen, sich zu beweisen.

Frau Bauer-Hechler gibt an, dass fitte Menschen natürlich selbst Hilfen organisieren können, dass es aber auch genug Menschen gibt, die in dem Bereich nicht so fit sind. Sie fragt, wo für diese Personen dann Hilfen abrufbar seien? Frau Kirchner erwidert, dass Hilfen zwar schon größtenteils abrufbar sind, dass die (Informations-)Wege von den Betroffenen aber oft nicht gefunden werden. Es gibt hier zu wenig Struktur, da viele Wege und Anlaufstellen nur durch Zufall oder Glück erreicht werden. Es wäre beispielsweise sinnvoll, Mentoren einzusetzen, die einen, falls nötig, begleiten und einem behilflich sind. Daraufhin schlägt Herr Bartl vor, dass sozialpädagogische Mitarbeiter so eine Begleitung übernehmen könnten. Dies könnte beispielsweise über den Integrationsfachdienst (ifd) organisiert werden.

Frau Persdorf kritisiert in diesem Zusammenhang, dass oft nicht klar ist, wohin man sich bei Problemen wenden kann. Sie beschreibt auch, dass sich die Stadt Fürth in den letzten Jahren von einer Fabrikstadt zu einer modernen Stadt gewandelt hat, in der auch viele Studenten leben. Dennoch gibt es auch viele Menschen, die Frührente beziehen oder Probleme haben, aber nicht wissen, wer der geeignete Ansprechpartner ist. Auch Herr Weiß, Mitglied des Behindertenrats der Stadt Fürth, schildert, dass es häufig schwierig ist, den richtigen Vermittler zu finden und dass das Jobcenter auch nicht für alle Anliegen der richtige Ansprechpartner ist, beispielsweise beim Thema Rente bzw. Frührente oder EU-Rente.

Frau Fehrenbach von der Lebenshilfe Fürth e.V. findet die Errichtung eines zentralen Hauses, in dem jedem geholfen wird und wo Ansprechpartner für alle Bereiche ein Büro haben, sehr gut. So wären alle Anlaufstellen rund um das Thema „Menschen mit Behinderungen“ an einem Platz und man würde nicht ständig von A nach B geschickt

werden. So gäbe es einen zentralen Ort, zu dem man gehen kann, wenn es Fragen, Probleme usw. gibt und die ggf. an die „richtige“ Stelle vermittelt.

Frau Bauer-Hechler findet „File-Manager“ sinnvoll, zum Beispiel auch im Bereich der Schulen. Es sei wichtig, bereits in den Schulen auf Betroffene zuzugehen und sich mit ihnen gemeinsam zu überlegen, wie es denn weitergehen könnte und wie der berufliche Weg nach der Schule aussehen könnte. Frau Kirchner findet die Idee eines Übergangskoachings sehr gut. Frau Kerstin Ritschke von der Lebenshilfe Fürth e.V., die zuvor beim Integrationsfachdienst (ifd) tätig war, erläutert, dass eine Begleitung nur solange stattfindet, wie diese auch gefördert wird. Danach springt der ifd ein oder es müssen neue Fördertöpfe gesucht werden. Der ifd berät allerdings nicht bei privaten Belangen, sondern nur bei Dingen, die das Arbeitsleben betreffen. Die Leute müssen also ständig von A nach B laufen, weil jeder Ansprechpartner nur für einen kleinen Bereich oder Lebensabschnitt zuständig ist. Deshalb findet sie Frau Fehrenbachs Idee von einem zentralen Haus, in dem alle Ansprechpartner versammelt sind, auch sehr gut.

Frau Kirchner eröffnet zudem, dass Schülerinnen und Schüler noch relativ gut betreut und beraten werden, während es dann nach der Schule und im Berufsleben häufig abbricht. Viele Fälle gehen beim Übergang von der Schule in den Beruf unter, da es keine kontinuierliche Begleitung gibt und sich mit dem Start ins Berufsleben auch wieder die Zuständigkeiten und Ansprechpartner ändern. Besonders Menschen mit Mehrfachbehinderungen oder seltenen Einschränkungen fallen dabei oft durchs Raster, da diese in keine Schublade passen. Frau Fehrenbach untermauert diese Aussage. Es ist wichtig, die individuellen Bedürfnisse der Betroffenen zu betrachten, da es keine Musterlösung gibt, die auf alle Menschen mit Behinderungen zutrifft, da Behinderungen so vielfältig sind wie die Menschen an sich. Frau Kirchner spricht an, dass es außerdem mehrere Kostenträger gibt und man sich immer die Frage stellen muss, welcher Kostenträger für welche Art von Leistung usw. einspringt. Die Nahtstelle zwischen der schulischen und der beruflichen Bildung muss noch besser betrachtet werden. Häufig ist der Übergang dort nicht fließend.

Herr Buba fasst die bisherigen Aussagen zusammen und betont, dass es wichtig ist, passgenaue Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen zu finden, da Behinderungen eben sehr unterschiedlich sind. Es sollen sich nicht die Betroffenen an die Arbeitsbedingungen anpassen, sondern es müssen spezielle Arbeitsplätze für diese Menschen geschaffen werden. Arbeitsplätze müssen auf spezielle Bedürfnisse

abgestimmt werden. Ein Problem hierbei ist die Finanzierung, aber auch die fehlende Transparenz wurde kritisiert. Zudem sollte eigentlich die persönliche Qualifikation der jeweiligen Person ausschlaggebend sein, entschieden wird aber häufig nur anhand von Zeugnissen, obwohl diese oft nichts über das wirkliche Können aussagen. Als generelles Problem kann auch das Streben nach dem ersten Arbeitsmarkt angesehen werden. Der Mensch muss dabei immer im Blick behalten werden. Während für den einen eine Tätigkeit im ersten Arbeitsmarkt sinnvoll ist, ist für den anderen eher ein Arbeitsplatz in einer Werkstatt passgenauer. Auch erinnert Herr Buba daran, dass der heutige Zeit- und Leistungsdruck vielen Menschen zu viel wird. Dies trifft aber nicht nur auf Menschen mit Behinderungen zu, sondern vermehrt auch auf Seniorinnen und Senioren. Es ist wichtig, die richtigen Werte in Bezug auf das Arbeitsleben im Blick zu haben, um auch auf Dauer zufrieden zu sein. Notwendig ist auch, die Menschen mehr zu sensibilisieren und Hemmungen abzubauen. Oft ist auch problematisch, den richtigen Ansprechpartner für seine Fragen und Probleme zu finden. Auch der Übergang von der Schule ins Berufsleben muss noch mehr unterstützt werden. Dies gilt beispielsweise auch für Personen, die schon länger arbeitssuchend sind und dann wieder erwerbstätig werden. Praktika stellen eine gute Möglichkeit dar, um Qualifikationen vorher zu testen und nicht nur das Zeugnis zu berücksichtigen, ohne die Person kennengelernt zu haben. Auch die Durchlässigkeit zwischen dem ersten Arbeitsmarkt und den Werkstätten könnte noch verbessert werden, da viele Menschen Angst haben, dass sie nicht mehr in die Werkstatt zurückkönnen, wenn sie einmal auf dem ersten Arbeitsmarkt tätig waren.

Frau Persdorf stellt des Weiteren die Frage nach den Rechten eines Arbeitgebers und den Menschen mit Behinderung. Sie möchte wissen, ob ein Arbeitgeber eine Gruppe von Arbeitnehmern, die zur Hälfte aus Menschen mit Einschränkungen besteht, auflösen kann, wenn noch mehr Menschen dieser Gruppe einen Grad der Behinderung aufweisen würden. Einige Teilnehmer denken, dass der Arbeitgeber das Recht hätte, so eine Gruppe aufzulösen. Dies ist aber immer abhängig von den jeweiligen Umständen.

Herr Baumgartner weist darauf hin, dass Arbeitgeber häufig keine Menschen einstellen, die ihren Schulabschluss oder ihre Ausbildung an Sondereinrichtungen erworben haben, da sie Vorurteile haben. Es müsste auch das Denken der Unternehmer geändert werden. Barrieren in den Köpfen der Menschen müssen abgebaut werden. Frau Bauer-Hechler betont, dass Abschlüsse von Berufsbildungszentren mit

Abschlüssen von Regelschulen vergleichbar sind und dass die Schüler dort dieselben Inhalte vermittelt bekommen. Viele Arbeitgeber haben Angst, dass die Schüler dort nur eine abgespeckte Variante der Ausbildung genossen haben und fragen sich, ob sie auch alle Inhalte vermittelt bekommen haben, die an einer Regelschule gelehrt werden. Sie beschreibt außerdem, dass Sonderschulabgänger meist besser aufgefangen und gefördert werden als normale Hauptschulabsolventen und dass es eher diese sind, die durchs Raster fallen. Frau Ritschke berichtet, dass viele Arbeitgeber zu wenig Informationen über Ausbildungen an Berufsbildungszentren haben und deshalb den Absolventen eher skeptisch gegenüberstehen. Frau Kirchner schlägt vor, dass in solchen Berufsschulen ein Tag der offenen Tür stattfinden könnte, zu dem gezielt Arbeitgeber einladen werden. So würden diese einen Überblick über Lehrinhalte usw. bekommen. Eventuell könnten Schüler so auch erste Kontakte ins Berufsleben knüpfen. Auch die Berufsbildungswerke und -zentren müssen noch mehr Öffentlichkeitsarbeit leisten, damit ihr Ausbildungsangebot transparenter für Arbeitgeber und interessierte Personen wird.

Frau Kirchner berichtet, dass sie in ihrer Zeit als Arbeitsvermittlerin erlebt hat, dass ein schlechtes Zeugnis kein Manko bei der Einstellung sein muss. Herr Baumgartner widerspricht ihr, er ist der Meinung, dass es im Rehabereich viel mehr Fachkräfte gibt und obwohl es einen Fachkräftemangel gibt, werden diese nicht eingestellt. Frau Kirchner fragt, ob es hierzu bereits Zahlenmaterial oder Unterlagen gibt.

Herr Bartl stellt noch einmal dar, wie wichtig es ist, dauergeförderte Arbeitsplätze für Schwerbehinderte einzurichten. Er erläutert, dass ein Angestellter mit 55 Jahren nach der Ausbildung einen Lohnkostenzuschuss erhält, der degressiv ist. Dieser sinkt von anfangs 80% auf 50% oder mehr. Seine Erfahrungen konnte dieser Arbeitnehmer durch eine Dauerbeschäftigung steigern. Auch wenn diese Person in Rente geht, macht sich bemerkbar, dass der Anteil an Krankheitstagen stark reduziert ist. Herr Bartl fordert einen Beschäftigungszuschuss bis zur Rente auch für Schwerbehinderte. Nur das schafft Planungssicherheit für Beschäftigte wie für Arbeitgeber. Frau Kirchner wirft ein, dass es sowas auch in Zukunft wieder geben soll. Hier müsse man die Umsetzung des neuen Teilhabegesetzes abwarten.

Herr Bartl erwähnt zudem noch, dass man manchmal von einem Jobcenter zum nächsten laufen muss, obwohl es um die gleiche Förderung geht. Anscheinend hat jedes Jobcenter andere Möglichkeiten und Ressourcen. Diesbezüglich erklärt Frau Kirchner, dass die Abteilung für Schwerbehinderte und für den Rehabereich im

Jobcenter Nürnberg sehr groß ist und sie aus diesem Grund auch mehr Geld zur Verfügung haben. Dort arbeiten zudem auch Schwerbehinderte als Arbeitsvermittler, die mit Problemen von Betroffenen teilweise ganz anders umgehen. Herr Bartl meint, dass man genau dort ansetzen müsste und auch andere Fördertöpfe in Erwägung ziehen sollte. Herr Baumgartner weist darauf hin, dass auch der Gesetzgeber für die unterschiedlichen Mittelverteilungen der Jobcenter zuständig ist. Beispielsweise geht der Haushalt in Fürth nur zu 30% in die Förderung ein. Der Wunsch nach einer Vereinheitlichung der Mittelverteilung innerhalb der Jobcenter besteht bei allen Teilnehmern der Arbeitsgruppensitzung. Hier ist noch zu klären, wie hoch der Verwaltungsaufwand für eine Umstrukturierung wäre.

Frau Bauer-Hechler hält es für sinnvoll, jemanden vom Jobcenter für die 2. Runde der Arbeitsgruppe einzuladen. Diese Person könnte einen kurzen Vortrag oder Input geben. Herr Bartl veranschaulicht noch einmal die Mittelverteilung in den Jobcentern. Er sagt, dass die Verteilung von Geldern abhängig von der Arbeitslosenquote ist. Da diese in der Stadt Fürth nur 2% beträgt und damit sehr gering ist, hat das Jobcenter dort Anspruch auf weniger Gelder. Seiner Meinung nach ist mehr Förderung aus öffentlicher Hand notwendig, da der Arbeitgeber keine 100% aus eigener Tasche finanzieren kann, aber die Schwerbehinderten trotzdem weiterbeschäftigen möchte. Er beschreibt auch, dass es deshalb bei älteren Arbeitnehmern oft zu einem „geförderten Drama“ kommt, da diese nur solange einen Arbeitsplatz haben, wie die Förderung läuft und damit vieles kaputt gemacht wurde, was vorher mühevoll aufgebaut wurde. Frau Kirchner weist nochmals darauf hin, dass es wieder ein Budget für Arbeit geben soll.

Herr Buba merkt an, dass sowohl positive als auch negative Fallbeispiele von Inklusion in Firmen notwendig und sinnvoll wären. Er bittet Herrn Bartl und auch jemanden vom ifd Fürth darum, einige Best-Practice-Beispiele zusammenzutragen und diese ggf. in der nächsten Sitzung kurz vorzustellen. Frau Kirchner überlegt, ob es möglich ist, für die nächste Sitzung am 4. Juli jemanden vom Jobcenter Nürnberg und Fürth einzuladen, um einen genaueren Überblick über Budgets und Abläufe zu erhalten. Herr Buba schlägt vor, bis dahin auch den Integrationsfachdienst und weitere wichtige Ansprechpartner oder Institutionen zu mobilisieren.

Frau Bauer-Hechler schlägt vor, den Geschäftsleiter Herrn Fuchs von der IHK Fürth offiziell anzusprechen. Herr Weiß findet, dass der gemeinnützige Verein „Elan“ noch eingeladen werden sollte. Der Ansprechpartner hierfür wäre Herr Uwe Bühling. „Elan“

ist unter anderem dafür zuständig, schwervermittelbare Personen wieder in ein Arbeitsverhältnis zu bringen, sie zu qualifizieren und zu inkludieren. Auch könnte noch ein Vertreter der HWK eingeladen werden. Frau Kirchner gibt an, dass sie eventuell noch eine Liste des Jobcenterbeirats hat und dort noch nach Kontakten oder Mitwirkenden fragen könnte.

Herr Bartl meldet sich nochmal zu Wort und weist erneut darauf hin, dass die (Verwaltungs-)Wege einfach zu lang sind und dann häufig lieber jemand eingestellt wird, der sofort anfangen kann und nicht erst noch Arbeitshilfen o.ä. beantragen muss. Auch müssen die Zuordnungen zu Ansprechpartnern besser bekanntgemacht werden. Eine Homepage mit Infomaterial gibt es bisher nicht, es könnte aber etwas zusammengestellt werden. Eine detaillierte Auflistung ist hierbei sicherlich nicht möglich, aber ein grober Überblick über Ansprechpartner und einige wichtige Paragraphen wäre ein guter Anfang.

Herr Baumgartner kritisiert die bürokratischen Hürden. Er hat die Erfahrung gemacht, dass für dasselbe Hilfsmittel je nach Einsatz andere Kostenträger zuständig sind und man, falls man ein und dasselbe Hilfsmittel in mehreren Bereichen benötigt, unterschiedliche Kostenträger ansprechen muss. Dies ist sehr umständlich und für viele Betroffenen auch verwirrend. Eine Reduzierung der bürokratischen Hürden würde für Menschen mit Behinderungen vieles vereinfachen, nicht nur in Bezug auf das Arbeitsleben.

Herr Buba stellt die Frage, ob denn die Stadt Fürth als positives Beispiel in Sachen Beschäftigung von Menschen mit Behinderung dienen kann und die Behindertenquote erfüllt. Frau Kirchner meint in diesem Zusammenhang, dass auch noch Schwerbehindertenvertreter der Stadt Fürth eingeladen werden sollten, da diese auch die Praxis kennen und nicht nur die Quote. Diese können auch aus erster Hand berichten, wie mit Menschen mit Behinderungen umgegangen wird. Frau Kirchner legt des Weiteren dar, dass der Weg auch schon das Ziel sein kann und dass bereits einiges im Bereich der Inklusion in Fürth getan wurde, es aber dennoch in einigen Bereichen Handlungsbedarf gibt.

Herr Buba stellt fest, dass Stadtvertreter bei dieser Arbeitsgruppensitzung auch nicht sichtbar sind, außer aus dem sozialen Bereich. Frau Kirchner lobt in diesem Zusammenhang die gute Zusammenarbeit mit dem Baureferat. Sie erklärt, dass die Mitarbeiter dort gerade sehr viel zu tun haben, aber Barrierefreiheit meist als selbstverständlich ansehen. Außerdem erläutert sie, dass das Sozialreferat nochmal

anders sensibilisiert ist. Auch wissen viele Menschen immer noch nicht, was genau Inklusion bedeutet. Mitarbeiterschulungen wären von Nöten, genauso wie eine bessere Aufklärung. Frau Kirchner führt aus, dass die Stadt Fürth bereits auf einem guten Weg ist, aber noch geklärt werden sollte, wer für eine bessere Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist.

Herr Baumgartner erzählt, dass er eine Rathaus- und Stadtbegehung mitgemacht hat, dabei aber viele Gebäude zu sehen waren, die für Zwecke der Stadtverwaltung genutzt werden, die nicht behindertengerecht waren, an denen aber nichts verändert werden kann, weil sie Mietobjekte sind. Die Stadt hat hier häufig keine Handhabe und somit bleiben viele Gebäude trotz allem ohne barrierefreien Zugang. Herr Buba erwidert, dass es in Bezug auf die Barrierefreiheit aber auch positive Beispiele gibt, an denen man sehen kann, wie es laufen könnte. Er hofft, dass mit dem Aktionsplan Inklusion einiges in der Stadt Fürth bewegt werden kann.

#### **4 Verabschiedung**

Im Anschluss an die Diskussion bedankt sich Herr Buba für die rege Teilnahme und erläutert das weitere Vorgehen. Das Protokoll der heutigen Sitzung wird allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf der Homepage zur Verfügung gestellt. Das nächste Vernetzungsforum zum Thema Arbeit wird Anfang Juli stattfinden. Dann wird versucht, die Beschreibung der Ist-Situation zu ergänzen, zu strukturieren und erste Maßnahmen zu kreieren. Am Ende der 2. Sitzung soll demzufolge ein grober Maßnahmenkatalog vorliegen, welcher dann in der 3. Vernetzungsrunde im September noch präzisiert und im Detail besprochen werden soll.

Herr Buba hofft, dass der Aktionsplan in Fürth passgenaue Maßnahme- und Handlungsempfehlungen zusammenstellen kann und fordert alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf, Fallbeispiele zu sammeln und weitere wichtige Gesprächspartner für die Diskussion in den Vernetzungsforen zu gewinnen. Herr Buba betont nochmals die Wichtigkeit, dass alle relevanten Akteure am Aktionsplan mitwirken müssen und sich auch gegenseitig mit Motivation anstecken müssen – nur so kann es gelingen. Er bedankt sich zum Abschluss der Sitzung des Vernetzungsforums noch bei allen Anwesenden und hofft auch weiterhin auf zahlreiches Erscheinen in den Sitzungen. Er wünscht allen Anwesenden noch einen schönen Abend und verabschiedet sich.

Für das Protokoll:

Tanja Ludl  
BASIS-Institut